

Sächsischer Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Unter der Leitung des Verlegers, Herrn Dr. Wilhelm Zschütz, Dresden, Neustädterstr. 43. — Fernsprecher Nr. 1203.

Das Handelsprovisorium mit den Vereinigten Staaten.

Am letzten Sonnabend fand beim Reichskanzler eine Konferenz der Parteiführer statt, welche den Zweck hatte, eine Mehrheit im Reichstage für das Handelsprovisorium mit den Vereinigten Staaten zu schaffen. Fürst Bülow hatte hierbei einen sehr schweren Standpunkt und konnte nur mit Mühe seine Ansicht durchsetzen. Bemerkenswert ist, daß sich nicht in erster Linie die „Agrarier“ gegen dieses Abkommen sträubten, sondern die Industriellen unter der Führung des Wormser Lederfabrikanten Frhr. v. Seyd. Da am 1. März 1906 bereits das Provisorium in Kraft tritt, so dürfte es noch in dieser Woche dem Reichstage zugehen und vielleicht manche heftige Debatte hervorrufen.

Man wird auch zugeben müssen, daß ein Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist. Die verbündeten Regierungen haben mit der Unionregierung ein Handelsprovisorium vereinbart, das den Amerikanern den deutschen Vertragstarif einräumt, ohne daß von amerikanischer Seite unserem Handel irgendwelche Gegenleistungen dargeboten werden. Selbst die Zollschikanen gegen die deutsche Einfuhr in die Vereinigten Staaten sollen nicht aufgehoben, ja nicht einmal gemildert werden! Nichts, rein nichts gewährt uns Amerika für unseren Vertragstarif. Während das übrige Ausland den Vertragstarif von uns durch Zollermäßigungen erkaufen mußte, haben wir ihn der Union, die unrennen Export mit Prohibitionszöllen drangsalirt wie kein anderes unserer Abgabengebiete, ohne Gegengabe in den Schoß geworfen. Das ist das Ergebnis der langwierigen und unsoffenden Verhandlungen zwischen Berlin und Washington, das ist der handelspolitische Erfolg Specks und jener Politik der Wilhelmstraße, die sich von dem Vollblutamerikaner Roosevelt und von dem in seiner Nachbarnschänke stark beschränkten Präsidenten der Union goldene Berge für Deutschland verspricht. Mit welcher geschickelten Hoffnungen zog die deutsche Regierung in diese Verhandlungen und nun das Fiasko auf der ganzen Linie. Es ist nicht ohne Interesse, jetzt an die Erklärung des Grafen Kosciuszko vom 15. Januar 1903 im Reichstage zu erinnern: „Den Irrtum möchte ich aber jetzt schon berichtigen, daß etwa die Vereinigten Staaten, wenn wir jetzt mit einer Anzahl Staaten zu neuen Handelsverträgen uns rüsten, ohne weiteres in den Besitz der hierin vereinbarten Konzessionen kämen.“ Amerika hat gesagt: es hat alles erreicht und nichts gegeben. Unsere Freundschaft mit Roosevelt und der Professorenstausatz, sie kommen uns sehr teuer zu stehen; die Deutschen müssen allein die Rechnung bezahlen und die Amerikaner streichen das Geld ein.

Freilich erhebt sich die Gerechtigkeit, daß man auch hervorhebt, in welcher schwieriger Lage sich die deutsche Regierung befindet. Einmal machte man ihr von Washington aus sehr viel Zukunftsstimmung und versicherte, daß gerade dieses Provisorium geeignet sei, um während der Dauer desselben mit den Vereinigten Staaten zu einem regelrechten Tarifvertrag zu kommen. Eine solche Einrede ließ sich gewiß hören; das Provisorium wird nun ein Jahr dauern und wenn es in dieser Zeit gelingt, im Kongress von Washington einen Handelsvertrag durchzusetzen, wäre es eine Lorbeer, nicht jetzt sich mit einem kurzfristigen Handelsabkommen abzufinden. Aber hat man denn auch eine Gewissheit oder auch nur bestimmte Garantien, daß dies gelingen wird? Wir können es nicht recht glauben und wir meinen weiter: Im Reichsamt des Innern weiß man sehr genau, daß diesem Provisorium von 1906 noch eine Reihe Provisorien in den nächsten Jahren folgen werden, ohne daß die Zeit und die Stimmung jenseits des großen Ozeans für einen ordentlichen Tarifvertrag reif ist. Man mag diese Überzeugung nur nicht Ausdruck zu geben, denn man fürchtet die Widerständigkeit des Reichstages, der das einjährige Provisorium zweifellos ablehnen könnte. Wenn man den Reichsboten einen deutsch-amerikanischen Tarifvertrag in nahe Aussicht stellen kann, werden, so kalkuliert man in der Wilhelmstraße, auch die Industriellen schließlich verständnis genug sein, zu dem Provisorium Ja und Amen zu sagen, das diesen Tarifvertrag vorbereiten und ermöglichen soll. Jedenfalls fehlen alle sicheren Grundlagen für eine feste Hoffnung auf Abschluß eines Handelsvertrages.

Der Reichskanzler aber führt noch ein anderes Moment für das Provisorium ins Feld: das politische. Wir sind im Weltkonzert so ziemlich isoliert und können unsere Violine allein spielen. Die Vereinigten Staaten stehen uns wenigstens nicht feindlich gegenüber; aber sie verhalten sich sehr kühl und kalt. Ein Zollkrieg mit ihnen macht sie uns zu Gegnern und unsere Position wird noch schwieriger. Ob wir jetzt eine solche „splendid isolation“ wagen können, erscheint uns sehr fraglich. Man kann hier wirklich sagen, daß die politischen Erwägungen höher als die wirtschaftlichen stehen und dieser zweite Grund hat für uns erhöhte Bedeutung in der jetzigen Zeit. Wir binden uns nur auf ein Jahr, bei wem die „Welt ein anderes Gesicht“ haben kann, und dann sind wir frei.

Man darf keineswegs vergessen, daß die Ablehnung des Provisoriums den Zollkrieg mit Amerika zur Folge hätte. Gewiß würde er die Vereinigten Staaten schwer schädigen. Uns aber würde er noch schwerere Wunden schlagen; darüber darf sich nicht täuschen, wer es mit der Wohlfahrt unseres Volkes ernst meint. Um den Zollkrieg zu vermeiden, müssen wir dies Provisorium annehmen. Und wir müssen es verlängern, bis man in den Vereinigten Staaten allgemeiner als bisher inne geworden ist, daß ein auch den deutschen Interessen gerecht werdender Tarifvertrag mehr im Interesse des amerikanischen Volkes liegt als der jetzige Prohibitionsismus der Union. So konnte unsere Regierung trotz aller früheren Zusagen nicht anders handeln. Den Amerikanern war es ganz unbegreiflich, daß sie uns noch Zugeständnisse machen sollten; sie sagten: „Wenn ihr uns wirklich eueren Vertragstarif gewährt, so müssen wir ja immer noch erheblich mehr an Zolllast tragen, als unter der Aera Caprivi! Wie sollten wir also dazu kommen, euch größere Zugeständnisse zu machen als bisher, wo wir die Vorteile der Caprivischen Vertragspolitik genießen? Ihr schraubt uns mit euerem neuen Vertragstarif, und wir sollen euch obendrein mehr bewilligen, als wir euch während der Dauer der Caprivischen Handelsverträge gewährt haben?“ Das ist der sehr begreifliche Standpunkt der Amerikaner. Wir können ihnen nichts bieten, im Gegenteil, wir muten ihnen eine höhere Zollbelastung zu, als sie bisher getragen haben. Man wird diesen Standpunkt verstehen, wenn man ihn auch gar nicht billigt.

Für die deutsche Landwirtschaft bedeutet das Provisorium keinen Nachteil; die amerikanische Einfuhr zahlt die früheren Zölle auf landwirtschaftliche Artikel. Nur unsere Industrie hat nicht den erhofften Vorteil errungen; sie wollte geschützte Verhältnisse für ihre Einfuhr in den Vereinigten Staaten und besonders die Chiffanen der Zollbehörden los werden. Gewiß, wäre ihr das sehr zu gönnen gewesen, aber andererseits hat dieselbe Industrie auch das größte Interesse, daß es nicht zu einem Zollkriege kommt. In manchen Gegenden Deutschlands war die Befürchtung schon eine äußerst lebhaft: z. B. im badischen Schwarzwald bezüglich der Uhrenindustrie, die in den Vereinigten Staaten einen guten Markt hat. Wir zweifeln deshalb nicht, daß schließlich das Provisorium eine Mehrheit im Reichstage finden wird, nicht in Hurrastimung, aber in der Erkenntnis, daß es eben vorerst absolut nicht anders geht und daß der wirtschaftliche Frieden höher steht und der wirtschaftliche Krieg sicher ausbricht, falls das Provisorium nicht zustande kommt.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin, 47. Sitzung am 17. Februar 1906.

Der Reichstag hat am Sonnabend ein tüchtig Stück Arbeit geliefert. Die Resolutionen auf eine Verschärfung des Beizgesetzes wurde alleamt angenommen. Für die keramische Industrie des Westerwaldes trat mit aller Entschiedenheit Dr. Dohlem (Zt.) ein. Hier werden nämlich Bierträge in großer Anzahl gefertigt und nach Amerika verkauft. Jetzt hat man plötzlich entdeckt, daß die Hündel dieser Krüge gilltordichtig seien. Die Amerikaner nehmen keinen Anstoß an denselben, wohl aber das Reichsgesundheitsamt. Ein Antrag forderte die Aufhebung dieser neuen Verordnung. Der neue Präsident des Gesundheitsamtes, Geheimrat Dumm, führte sich gut ein. Er wies insbesondere nach, wie die Wurmkrankheit um 82 Prozent zurückgegangen ist, wie gefährlich es ist, dem Wunsche des Abg. Frölich auf Befestigung des Impfweges nachzugeben. Zum Schlusse erfolgte noch ein heftiger Zusammenstoß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. Der Abg. Köstken hatte behauptet, daß das Zentrum den Arbeitern die kleinsten Unfallrenten nehmen wolle und berief sich hierbei auf die Versicherung des Landtagsabgeordneten Schmedding. Der Zentrumabgeordnete Erzberger legte diese illoyale Kampfmethode dar, indem er darauf hinwies, daß die Rede des Abg. Trimborn einfach verschwiegen worden sei, daß das Reichstagszentrum nie einen solchen Vorschlag machen werde und nie gemacht habe. Die Befestigung der kleinen Renten habe die Wiedereinführung der Vorkaufsrecht im Gefolge und diese sei für die Arbeitgeber noch viel schlimmer. Am Montag hofft man den Etat des Reichsamts des Innern verabschieden zu können.

Politische Mundschau.

Dresden, den 19. Februar 1906.

Durch kaiserliche Verordnung wird das Schutgebiet der Reichsanstalt, Brown- und Providence-Inseln am 1. April 1906 mit dem Inselgebiet der Carolinen-, Palau- und Marianen-Inseln vereinigt. Zu demselben Zeitpunkte tritt an Stelle des Obergerichts in Jaluit das Obergericht in Herberthöhe.

Reichsanwalt Terentiu-Wördes in Leipzig, der früher Staatsanwalt am Oberlandesgericht in München war, tritt als Ministerialrat in den bayerischen Justizdienst zurück und geht als stellvertretender Bundesratsbesolmäch-tigter nach Berlin.

Einen neuen Gesetzentwurf über die Reichserbschaftsteuer hat der Zentrumabgeordnete v. Zehnhoff für die Steuerkommission ausgearbeitet; hiernach wird der Steuer-satz für Eltern und sonstige Abzendenten und für Geschwister von 4 Prozent der Regierungsvorlage auf 5 Prozent und auf 15 Prozent für Verwandte über den sechsten Grad hinaus festgesetzt. Außerdem sieht der Antrag einen höheren Zuschlag zu großen Erbanfällen vor. Kinder sollen auch nach diesem Antrag keine Erbschaftsteuer bezahlen. Sodann will der Antrag als etwas Neues noch eine Steuer vom ganzen Nachlaß einführen, die also, wenn einer stirbt, zunächst von der ganzen Erbmasse abgezogen wird. Dieser neuen Nachlaßsteuer soll jeder Nachlaß, der 10 000

Mark übersteigt, unterliegen. Die Nachlaßsteuer soll betragen bei einem Werte des Nachlasses von mehr als 10 000 Mark bis 20 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, dann soll sie für je 10 000 Mark um je $\frac{1}{10}$ Prozent steigen, so daß sie bei 100 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent beträgt. Weiter soll sie dann betragen von 100 000—125 000 Mark 1 Prozent, 125 000 bis 150 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 150 000—200 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 200 000—250 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 250 000—300 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 300 000—400 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 400 000—500 000 Mark $\frac{1}{10}$ Prozent, 500 000—600 000 Mark $\frac{1}{10}$ Proz., von mehr als 600 000 bis 750 000 Mark $\frac{1}{10}$ Proz., von mehr als 750 000—1 000 000 Mark $\frac{1}{10}$ Proz., von mehr als 1 000 000 Mark 2 Proz. Das Gesamtvermögen der Steuer wird auf 120 Millionen Mark geschätzt, wovon die Einzelstaaten als Entschädigung für die Erhebung 24 Millionen Mark erhalten sollen. Die Zentrumsfaktion selbst hat zu dem Gesetzentwurf noch keine Stellung genommen. Im allgemeinen dürfte dieser Zustimmung finden; nur die Steuerfrage dürfte noch eine Änderung erfahren und zwar in erster Linie dahin, daß die Steuer nicht schon bei einer Erbmasse von 10 000 Mark beginnt, sondern erst bei höherem Vermögen. Die Zentrumsfaktion berätet am Mittwoch über die Reichserbschaftsteuer.

Die Ablehnung der Lantiensteuer in der Steuerkommission hat etwas Überraschendes, besonders weil auch die Konservativen gegen die Steuer gestimmt haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist hiermit gar nicht zufrieden; sie meint: „Nach einer Aenderung des Vorsitzers der deutsch-konservativen Partei ist das desfalls geschehen, weil man in der Lantiensteuer eine direkte Reichsteuer sah und der Einführung direkter Reichsteuern grundsätzlich widerstreben zu sollen glaubte. Daß gegen die Lantiensteuer Bedenken obwalten, geben wir ohne weiteres zu; aber das von den Konservativen betonte formelle Bedenken kann um so weniger ausschlaggebend sein, als die Lantiensteuer, wenn man sie wirklich rein formal betrachtet, keine Einkommensteuer, sondern eine Stempelsteuer sein soll, wie es die Quittungssteuer war und wie es andere Reichsstempelsteuern sind. Nach unserer Anschauung sind die Gründe, die für eine Lantiensteuer sprechen, weit erheblicher und durchschlagender als das, was dagegen angeführt werden kann. Wie würden es deshalb lebhaft bedauern, wenn die Konservativen auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharren wollten, obwohl wir, wie gesagt, die sachlichen Bedenken recht wohl würdigen.“ Auch in den Reihen der konservativen Partei selbst hat das Verhalten der Kommissionsmitglieder unangenehm berührt. In der 2. Lesung dürfte der Zentrumsantrag Annahme finden.

Der abgeleitete Antrag des Zentrums über die Lantiensteuer wird nach der Germania voraussichtlich im Plenum wieder eingebracht werden. Zur Begründung des Antrages bringt das Blatt eine Statistik, nach welcher einzelne hervorragende Vertreter der Finanzwelt bis zu 35 Mandaten als Aufsichtsräte haben.

Verletzung der Immunität. Im Zeugniszwangsverfahren wurde nach der Frankfurter Zeitung der sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Hofmann in Saalfeld a. S. zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er sich weigerte, den Gewährsmann einer von ihm im Landtag vorgebrachten, das Gildburghausener Gymnasium betreffenden Beschwerde zu nennen. Dem Landtage von Sachsen-Weiningen war nämlich einige Tage nach Vorebringung der Beschwerde eine Petition mit singulärer Namensunterschrift zugegangen, die einen für die Lehrer obiger Anstalt beleidigenden Inhalt hatte und als deren Verfasser der Gewährsmann Hofmanns vermutet wurde, obwohl Hofmann entschieden bestritt, daß sein Gewährsmann mit der Petition in irgend einer Beziehung stehe. — Besonders bemerkenswert ist das Urteil deshalb, weil es sich gegen eine Aussage wendet, die ein Abgeordneter in Ausübung seines Mandats im Landtage gemacht hat. Sachlich bedeutet die Verurteilung also einen Eingriff in die Immunität. Ob das auch formal der Fall ist, wird wohl ein höherer Gerichtshof zu prüfen haben. Sollte der Saalfelder Gerichtsbeschluss mit den bestehenden Gesetzen in Einklang stehen, so wird weiter nichts übrig bleiben, als diese zu ändern, da die Immunität der Abgeordneten auch durch den Zeugniszwang nicht beschränkt werden darf.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend mit der Beratung des Justizetat begonnen. Nach kurzen Bemerkungen über das Gehaltswesen und die Reform des Armentrechts befragte beim Titel Ministergehalt der konservative Abg. Stroffer die Zunahme der öffentlichen Unfruchtlichkeit. Der Zentrumabgeordnete Marx wies in eindringlichen Worten auf die schwere Gefahr der unfruchtlichen Schriften und Wilder hin und erreichte vom Justizminister Weseler die Zusage, daß eine neue scharfe Anweisung an die Staatsanwaltschaften ergehen werde. Der Fall des antisemitischen Kommerzienrats in Breslau bildete den Gegenstand eingehender Erörterungen. Am Montag geht die Debatte weiter.

Das Diözesankirchensteuergesetz ist am 14. d. M. dem preussischen Abgeordnetenhause zugegangen. Es führt den Titel: Gesetz betr. die Erhebung von Abgaben für kirchliche Bedürfnisse der Diözesen in der katholischen Kirche in Preußen. Ueber die Zwecke, die das Gesetz verfolgt, liest die folgende Bemerkung des Finanzministers vom 9. Jan. auf: „Es ließ sich nicht verkennen, daß die Mittel, die die